

Ministerpräsident Althaus: Geistliches Potenzial wiederbeleben Gesellschaft von der Notwendigkeit christlicher Werte überzeugen

E r f u r t (idea) – Eine Gesellschaft ohne religiösen Bezug hat wenig Zukunft. Diese Ansicht vertrat Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) am 10. September bei einer Veranstaltung der Internationalen Martin-Luther Stiftung (Erfurt), bei der es um das 60-jährige Bestehen der Sozialen Marktwirtschaft ging. Wo Werte wie Verantwortungsbewusstsein als Folge christlicher Nächstenliebe nicht mehr vorhanden seien, könne eine Gesellschaft nicht richtig funktionieren. In einer säkularisierten Gesellschaft werde es immer schwieriger, solche Werte zu vermitteln. Aufgabe der Kirchen sei es deshalb, „das geistliche Potenzial zu revitalisieren“. Dabei dürfe es nicht darum gehen, „oberflächlich zu missionieren“. Vielmehr müsse man die Menschen von der Notwendigkeit dieser Werte zu überzeugen. Zur Debatte um soziale Gerechtigkeit sagte Althaus, er beobachte, dass sich immer mehr Menschen ein möglichst hohes Maß an Gleichheit wünschten und eine Art Umverteilungspolitik forderten. Doch die Soziale Marktwirtschaft verspreche kein Maximum an Gleichheit, sondern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Althaus: „Anstrengung und Leistungsbereitschaft stehen auch da an erster Stelle.“ Ein Sozialstaat lasse sich in Zeiten der Globalisierung nicht isoliert errichten und unterhalten. Um die Attraktivität Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu sichern, plädierte der Politiker unter anderem für ein einfaches und transparentes Steuersystem. Das jetzige biete fast überall Ausnahmen und Sonderregelungen.

Wirtschaftliche Situation besser als wahrgenommen

Der Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes, Prof. Thomas Straubhaar, erklärte, ihm fehle das Verständnis dafür, dass das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft derzeit so infrage gestellt werde. Es habe sich in den vergangenen 60 Jahren allen Alternativen als weit überlegen gezeigt. Straubhaar warnte die Politik davor, noch stärker in die Eigentumsrechte von Unternehmen hineinzureden. Zwar seien die meisten mittelständischen Unternehmen stark in ihrer Region verwurzelt. Wenn sie der Staat aber zu sehr schröpfe, bestehe die Gefahr, dass sie früher oder später ins Ausland gingen. Der Manager und Kuratoriumsvorsitzende der Internationalen Martin-Luther Stiftung, Alexander von Witzleben (Duisburg), erklärte, die wirtschaftliche Situation in Deutschland sei viel besser, als dies wahrgenommen werde. Allerdings gelinge es Politik und Wirtschaft zu wenig, dies den Menschen verständlich zu machen. So sei die Arbeitslosigkeit in Jena heute wesentlich niedriger als noch vor zehn Jahren, erklärte von Witzleben, der bis 2007 bei Jenoptik beschäftigt war.

Planwirtschaft wissenschaftlich aufarbeiten

Die Präsidentin des thüringischen Landtags, Dagmar Schipanski (CDU), die unter den Besuchern der Podiumsdiskussion war, bedauerte, dass die Soziale Marktwirtschaft im Osten Deutschlands bisher nicht die erhoffte Strahlkraft habe. Zu viele Bürger hätten den Eindruck, die Marktwirtschaft habe ihnen ihren Arbeitsplatz weggenommen. Dass daran vielmehr 40 Jahre sozialistische Misswirtschaft schuld seien, verstünden sie nicht. In der DDR habe eine künstliche Gleichheit geherrscht, die in den Ruin geführt habe. Deshalb sei es notwendig, „den großen Feldversuch Planwirtschaft“ wissenschaftlich aufzuarbeiten – und zwar so, „dass wir es in der Öffentlichkeit diskutieren können“. Anderenfalls hätten Parteien Zulauf, die sich wider besseres Wissen für eine Verstaatlichung von Unternehmen aussprächen.

(11.09.2008/14:15)